

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 25. Jänner 2016**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### 3. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.09 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 2. Sitzung des Gemeinderates vom 14.12.2015 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

---

**\*Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 14.01.2016 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters – siehe Seite 9

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die geplante Errichtung eines Großquartiers für die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet von Wels  
DI-Verf-028-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend alternative Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge  
DI-Verf-029-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Es gibt eine Übereinkunft aller Fraktionen, dass die beiden Dringlichkeitsanträge gemeinsam diskutiert werden. Zum Tagesordnungspunkt 1. haben die NEOS einen Abänderungsantrag mit folgendem Inhalt eingebracht:

**Abänderungsantrag**  
gemäß § 9 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels  
in der aktuellen Fassung

Antrag:

Der vordringliche Initiativantrag der Fraktion „Die Grünen“ betreffend „Umweltförderung Neu für die Nutzung erneuerbarer Energien und Elektromobilität“ (DI-Verf-016-2016), vorgetragen durch Berichterstatterin GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer, möge wie folgt abgeändert werden:

Die Aufzählung der förderwürdigen Punkte soll um den Punkt 5 ergänzt werden:

**5. Ersatz einer alten Öl- /Gasheizung durch eine Wärmepumpe.**

Begründung:

Eine Ölheizung stößt ca. 300 g / kwh CO<sup>2</sup> aus. Eine Gasheizung ca. 260 g / kwh. Eine Wärmepumpe verursacht im Durchschnitt eine Belastung von knapp unter 200 g / kwh. Eine Wärmepumpe mit Ökostrom betrieben sogar nur 15 g / kwh. Daher ist die Umrüstung auf Wärmepumpen auch zu fördern.

Bitte diesen in die Diskussion mitaufzunehmen.

Berichterstatterin GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Umweltförderung NEU für die Nutzung erneuerbarer  
Energien und Elektromobilität  
DI-Verf-016-2016

GR. MMag. Rumersdorfer: Im Dezember letzten Jahres unterschrieben fast 200 Staaten weltweit einen Weltklimavertrag, worin festgeschrieben steht, dass die globale Erwärmung auf 102 Grad und bestenfalls auf unter eineinhalb Grad begrenzt werden soll. 200 Staaten wollen zum Klimaschutz beitragen. Was macht die Stadt Wels eine Woche später? Sie streicht per Gemeinderatsbeschluss jegliche Förderung in diesem Bereich. Wir GRÜNE sind damit nicht einverstanden und fordern daher eine umgehende Neuauflage des Umweltförderprogramms, insbesondere im Bereich Klimaschutz.

Auch auf der Homepage der Stadt Wels ist zu lesen Wels sei „die Energiehauptstadt Österreichs“ und weit darüber hinaus. Mit der jährlichen Energiesparmesse zeigt sich Wels von seiner innovativsten und fortschrittlichsten Seite in der Öffentlichkeit. Es gibt unzählige erfolgreiche Initiativen, wie die Footprint-Pioniere, das Energiesparkonzept. Auf einer Messehalle haben wir sogar die größte Solarkraftanlage Österreichs für die Warmwasseraufbereitung. Im selben Atemzug werden die Umweltschutzförderungen im Bereich Klimaschutz abgeschafft. Ich und wir sehen dies als paradox!

Vorrangig sehen wir die Wiedereinführung der Förderungen in folgenden Bereichen:

Der Anschluss an die Fernwärme, der Einbau einer Photovoltaikanlage bzw. einer thermischen Solaranlage sowie der Ankauf von E-Fahrrädern und E-Rollern sollen von der Stadt speziell gefördert werden. Diese Förderungen sind oft erst der Anreiz Investitionen zu tätigen. Nur gemeinsam mit den Bürgern, die sich für den Klimaschutz einsetzen, kann die Stadt Wels ihre ambitionierten Ziele in Bezug auf die Energiehauptstadt verwirklichen und umsetzen. Es kann nicht das Ziel sein bereits entstandene Schäden zu minimieren, es geht vielmehr um eine Vorsorge statt um eine Nachsorge der Schäden.

Besinnen wir uns auf die Leitsätze der Energiedeklaration des Gemeinderates, die auch so schön auf der Homepage steht, in der es u.a. heißt, „wir nehmen Bedacht auf Energie in Planung und Entscheidungen“ oder „wir unterstützen den sinnvollen Einsatz von Energie und fördern den Einsatz erneuerbarer Energie“ usw. Lassen sie uns gemeinsam diese Leitsätze wieder zum Leben erwecken.

Natürlich ist uns bewusst, dass die geforderten Klimaschutzförderungen teilweise vom Land Oberösterreich unterstützt werden. Wir sind auch gegen Doppelförderungen, die vor allem das Budget belasten. Diese Förderungen sehen wir jedoch nicht als Belastung sondern vor allem als Mehrwert für die Stadt und vor allem für die darin lebenden Bürger. Viele würden sich eine Photovoltaik- oder Solaranlage nicht leisten – weder können noch wollen – ohne diese Förderung. Selbst wenn der Wunsch besteht einen ganz persönlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu braucht es nicht nur ein neues Förderprogramm sondern auch das notwendige Budget. Dass die Nachfrage besteht, bestätigen die verantwortlichen Beamten, die die Förderwerber oft auf das nächste Jahr vertrösten müssen, weil das Budget schlichtweg nicht ausreicht.

Bereits in den Budgetverhandlungen im vorigen Jahr sprach Vzbgm. Raggl-Mühlberger, die damals zuständige Referentin für das Umweltressort, davon, dass ca. 220.000 bis 250.000 Euro benötigt werden würden, um innerhalb eines Jahres die beantragten Förderungen auszubezahlen. Bis jetzt waren die Umweltförderungen nur mit 150.000 Euro angesetzt, die aber nie ausreichten. Zumeist waren diese im Sommer bereits erschöpft. Die Förderwerber wurden getröstet.

Somit braucht es nicht nur neue Umweltförderrichtlinien sondern auch das benötigte Budget, um die Anträge der privaten Investoren abarbeiten zu können und so gemeinsam als Stadt Wels mit den Bürgern unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Denn ich möchte nicht nur mir, sondern auch meinen Kindern und Kindeskindern eine Welt hinterlassen, auf der es sich zu Leben lohnt. Ich sehe die Politik nicht nur dafür zuständig ihre Bürger zu verwalten, sondern das Leben generell lebenswerter und besser zu machen, nämlich für alle! Liebe Kollegen, wir haben schließlich nur eine Erde, es gibt keinen Planeten B. Lassen sie uns gemeinsam einen Beitrag dazu leisten.

GR. Kirchmayr: Dieser Initiativantrag ist zu 100 % zu unterstützen. Das Thema Umwelt war unter der Führung der SPÖ Wels immer besonders wichtig. In den letzten sechs Jahren wurden 193 Solaranlagen, 138 Photovoltaikanlagen, 162 Wärmepumpen, 58 Biomasse-Heizungen, 24 Fernwärmeanschlüsse, 174 Thermische Sanierungen und 11 Elektroautos gefördert. Insgesamt waren es 750 Ansuchen mit 1,5 Mio Euro Zuschuss seitens der Stadt Wels. Darum ersuche ich den jetzigen Bürgermeister und Finanzreferenten um Unterstützung des Umweltressorts in den nächsten sechs Jahren. Umwelt soll für die Stadt Wels einen wichtigen Stellenwert darstellen.

GR. Hufnagl: Österreich ist einer von vier EU-Staaten, die die Klimaziele 2020 nicht erreichen werden, d.h. die restlichen 24 EU-Staaten (Staaten wie Polen oder Tschechien) werden die Klimaziele 2020 wahrscheinlich erreichen – nur wir Österreicher nicht! Österreich will die Treibhausgase bis 2020 nur knapp unter den Wert von 1990 drücken. Inzwischen ist es aber so, dass die EU bis 2030 die Treibhausgase um 40 % unter den Wert von 1990 senken möchte. Jetzt schreiben wir das Jahr 2016, wir haben nur mehr 15 Jahre Zeit. Das bedeutet, wenn wir schleunigst nicht etwas unternehmen, werden wir diese Ziele meilenweit verfehlen. Darum müssen wir auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene etwas tun.

Dieser Initiativantrag der GRÜNEN ist absolut zu unterstützen. Als NEOS möchten wir den Antrag noch ergänzen, nämlich durch den Punkt 5. Wir wollen auch den Ersatz einer Öl- oder Gasheizung durch eine Wärmepumpe fördern. Warum? Eine Ölheizung stößt ca. 300 g CO<sup>2</sup>/kWh aus, eine Wärmepumpe unter 200 bzw. eine Wärmepumpe betrieben mit Öko-Strom sogar noch viel weniger, also zwischen 15 und 25 g CO<sup>2</sup>/kWh. Darum ist auch der Tausch auf

Wärmepumpen absolut förderungswürdig und wir bitten sie diesen Abänderungsantrag mit zu berücksichtigen.

GR. Schiefermayr: Über die Sinnhaftigkeit von erneuerbarer Energie und der Elektromobilität brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Hier sind wir uns 100%ig einig. Die neuen Umweltförderungs-Richtlinien sind noch nicht beschlossen. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Umweltausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schiefermayr auf Zuweisung ggst. Initiativantrages (Anlage 3) an den zuständigen Umweltausschuss wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Kontrolle und Revision; Neuorganisation – Ausgliederung der  
Internen Revision; Umbenennung in Stadtrechnungshof;  
Geschäftsordnung  
DI-Präs-2087-2015

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 08.01.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegenden Beschluss über die Ausgliederung der Internen Revision aus der Kontrolle und Revision und die Einrichtung eines Stadtrechnungshofes beschließen.

GR. Mag. Mayerhofer: Es freut mich, Herr Bürgermeister, dass sie meine Kritik ernst nehmen und sich ernsthaft damit auseinandersetzen. Die Einrichtung des Stadtrechnungshofes ist sicherlich eine sehr gute Initiative. Das Bestreben ist für die stadt-eigenen Kontrollen mehr Unabhängigkeit zu erreichen. Der Stadtrechnungshof erhält eine eigene Geschäftsordnung, die vom Bürgermeister erlassen wird. In dieser heißt es, dass das Einholen von Gutachten und das Beiziehen von Experten im Rahmen von Kontrollaufträgen nur mit Zustimmung des Bürgermeisters möglich sind. Das ist eine Regelung, die sehr wohl vom Bürgermeister geändert werden kann. Das steht nicht im Widerspruch zum Stadtstatut. Sie bringen die finanziellen Bedenken vor. Das ist richtig. Aber auch der Stadtrechnungshof hat sich an die Bestimmungen des Statutes hinsichtlich der finanziellen Begebenheiten zu halten. Hier könnte die Formulierung entsprechend gewählt werden.

GR. Hufnagl: Die NEOS werden diesem Antrag zustimmen. Ich lege jedoch Wert darauf, dass die Welsener wissen, um was es eigentlich geht. Bei diesem Punkt geht es hauptsächlich um eine Namensänderung. Die jetzt bereits unabhängige Stelle Kontrolle und Revision wird in zwei Teile zerlegt, einerseits in die Kontrolle, andererseits in die Revision. Die Kontrolle wird nun in

Stadtrechnungshof umbenannt. Die Rechte und Pflichten der Kontrolle sind im Statut der Stadt Wels, § 39, sehr genau geregelt. Beispielsweise ist die Leiterin der Kontrollstelle in der Ausübung ihrer Aufgaben als Kontrollorgan hinsichtlich des Inhaltes und des Umfanges an keine Weisungen gebunden. Dort steht auch wer Prüfaufträge vergeben darf. An all diesen Regelungen ändert sich genau nichts.

Der einzige Vorteil ist das Herauslösen der Revision. Dieser Bereich war bisher nicht und wird auch in Zukunft nicht weisungsfrei sein. In der Privatwirtschaft würde es sich um Controlling handeln. Für die NEOS war es wichtig, diese Zusage hörten wir bereits im Ausschuss, dass keine neue Dienststelle, keine neue Abteilung geschaffen wird. Dienststellen sind im Magistrat der Stadt Wels bereits einige zu viel.

Anmerken möchte ich jedoch, dass die Kontrollstelle bzw. jetzt der Stadtrechnungshof verpflichtet ist, jährlich einen Prüfbericht zu veröffentlichen. Dieser Prüfbericht ist beispielsweise für 2014 auf [www.wels.at](http://www.wels.at) als pdf-Datei downloadbar. Wir kritisierten bereits mehrmals diesen statistischen Bericht, der nur informiert wie viele Prüfaufträge behandelt wurden. Im Jahr 2014 waren dies 27 Stück. Von konkreten Ergebnissen und Informationen für die Bürger keine Spur. Im Sinne der Vorkommnisse um unser Welldorado wäre es angebracht, schon alleine um das Vertrauen der Bevölkerung wieder herzustellen, zu stärken, dass der Kontrollbericht viel genauer zur Verfügung steht. Er soll Auskunft über die vielfältige und genaue Arbeit der Kontrollstelle bzw. dem designierten Stadtrechnungshof geben. Die Welser haben ein Recht auf diese Information. Laut unserer Rechtsmeinung ist dies bereits jetzt möglich ohne das Amtsgeheimnis zu verletzen.

Wenn man sich schon Rechnungshof nennt, dann sollte man auch so agieren wie ein Rechnungshof, weil die Rechnungshofberichte generell öffentlich sind. Auf der Homepage [www.rechnungshof.gv.at](http://www.rechnungshof.gv.at) können alle Rechnungshofberichte bis ins Detail eingesehen werden. Wenn wir in Wels einen Stadtrechnungshof haben, verlange ich auch den gleichen Maßstab an Transparenz. Das ist mein Wunsch an die Zukunft.

GR. Haböck: Die Debatte über den Rechnungshof ist sehr sinnvoll, weil sie einen Bereich betrifft, der in dieser Stadt und in der Politik allgemein viel zu wenig mediale und öffentliche Aufmerksamkeit erhält, welche er verdienen würde. Nämlich die Kontrolle der Gebarung der Verwaltung aber auch der Politiker und der politischen Gremien. Die ÖVP-Fraktion war im Kontrollausschuss für die Einrichtung eines Stadtrechnungshofes. Es gab die Diskussion, ist es eine Namensänderung oder nicht?

Natürlich ist es eine Namensänderung, sonst müssten wir dies ja nicht umbenennen. Es stehen jedoch auch Punkte dahinter, die nicht außeracht zu lassen sind. Es ergeben sich daraus sehr wohl Verbesserungen. Positiv für die ÖVP und sehr wichtig war auf jeden Fall, dass die Antragstellung gleich bleibt. Auch für mich als Gemeinderat war das wichtig, da es unbedingt gewährleistet sein muss, dass der Kontrollausschuss von sich aus und der Gemeinderat ab einer gewissen Anzahl an Mitgliedern Prüfanträge einbringen können. Das machten wir zusammen mit Kollegen Teubl 2014 und 2015 bereits. Daraus gab es sehr interessante Erkenntnisse.

Die zweite gute Neuerung ist die aktive Einbeziehung der politischen Referenten, wenn Prüfaufträge in ihrem Bereich gestellt werden. Es mangelt in Österreich nicht an Kontrolle, sondern es mangelt an der politischen Verantwortung. Wenn nun die politischen Referenten in ihren Bereichen herangezogen werden und Stellungnahmen dazu abgeben sollen, müssen und auch dürfen, kann das nur bedeuten, dass die politische Verantwortlichkeit des zuständigen Referenten im Stadtsenat gestärkt wird. Was wir in Österreich und in Wels wirklich brauchen – das zeigten die Skandale in der letzten Zeit - ist eine politische Verantwortlichkeit.

Ich sprach mit Kollegin Mayerhofer über das Thema „Auftragsvergabe an externe Experten“. Der von Kollegin Mayerhofer vorgebrachte Punkt ist nicht ganz unrichtig, bin aber auf der Seite

von Bgm. Dr. Rabl, denn die finanzielle Verantwortung müssen die politischen Gremien tragen. Dieser Punkt ist für mich nur theoretisch, denn auch bisher hat sich die Kontrollstelle immer vorbildlich verhalten. Ich gehe nicht davon aus, dass sich in diesem Bereich etwas ändern wird. Eine Aufwertung der Kontrollstelle – nicht nur dem Namen nach sondern in der Praxis und in der medialen und öffentlichen Aufmerksamkeit – und eine Steigerung der politischen Verantwortlichkeit, wo ich die Bürger bitte diese aktiv einzuholen, kann für die Stadt Wels nur von Vorteil sein.

Der letzte Kontrollausschuss zeigte, jede einzelne Prüfung, jeder einzelne Prüfbericht bringt positive Erkenntnisse über die Neugestaltung der Verwaltung, der politischen Gebarung usw. Leider wird das nicht öffentlich gemacht – daran hindern uns noch gesetzliche Vorschriften. Für uns als Politiker ist es enorm wichtig zu sehen, dass hier die Kontrolle funktioniert. Dieser Beschluss ist der erste Schritt auch noch andere Skandale aufzuarbeiten.

GR. Schönberger: Die Aufwertung der Kontrolle, die Ausweitung der Aufgabenfelder und die Befähigungen, die in der Kontrollstelle durch neue Personaleinheiten angesiedelt werden, sind absolut zu unterstützen und werden seitens der SPÖ mitgetragen.

Nimmt man das Wort Rechnungshof her, ist das schon ein „großes Schuhwerk, welches wir uns anziehen“, verglichen mit dem allgemein medial bekannten Rechnungshof. Kollegen Hufnagl gebe ich Recht, im Großen und Ganzen handelt es sich um eine Namensänderung. Es soll die Bedeutung der Kontrolle als solches unterstützen. Die Abkoppelung der Revision ist sinnvoll, um die Zeitressourcen für die Kontrollaufgaben zur Verfügung zu haben.

Wenn Kollege Haböck von einer Verantwortung der politischen Referenten spricht, muss ich jedoch sagen, dass diese nicht genau festgeschrieben ist. Es geht nur darum, dass die politischen Referenten an den Kontrollausschusssitzungen in ihren Themenbereichen teilnehmen dürfen bzw. beigezogen werden. Der Kontrollausschuss – sprich Stadtrechnungshof – wird die politischen Referenten nicht aus ihrer Verantwortung nehmen und Weisungen an die Referenten geben können.

Bgm. Dr. Rabl sagte es bedarf eine Änderung auf Landesebene. Wenn man einen Rechnungshof nach Beispiel des Bundes mit dementsprechenden Entkoppelungen einrichten möchte, ist ein Beschluss auf Landesebene erforderlich. Nachdem wir auf Landesebene die gleiche Koalition haben wie in der Stadt Wels, glaube ich, dass dies kein Problem sein wird.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Welldorado-Affäre verdeutlichte uns im letzten Jahr, wie wichtig Kontrolle in einer Stadt ist und dass daraus sehr wichtige Erkenntnisse gewonnen werden können, wenn ein Kontrollausschuss und eine Kontrollstelle gute Arbeit leistet. Bei dem nun vorliegenden Beschluss geht es in erster Linie nicht darum wie „das Ding heißt“, welches Türschild am Eingang hängen wird. Es geht um den Zweck der Sache. Ich sehe durchaus positiv – Kollege Haböck erwähnte dies bereits – die erstmalige direkte Konfrontierung der politischen Referenten mit den Ergebnissen der Kontrollen. Ebenso die Tragung der Verantwortung dafür Missstände abzuschaffen und vorgeschlagene Veränderungen auch tatsächlich umzusetzen. Wenn sie dieser Verantwortung nicht nachkommen, muss das entsprechend kritisiert werden und sind sie als Politiker von der Öffentlichkeit in die Pflicht zu nehmen.

Die zweite positive Errungenschaft dieser Veränderung liegt sicherlich an der Zurverfügungstellung von mehr Personal. Die Revision wird in eine andere Dienststelle verlagert. Der gleichbleibende Personalstand macht eine höhere Zahl an Kontrollen bzw. intensivere Kontrollen möglich. Das ist sicher positiv.

Wenn Kollege Hufnagl den Kontrollbericht moniert, der in der nächsten Sitzung des Gemeinderates für das Jahr 2015 vorgelegt werden wird, kann ich dazu nur sagen, leider lassen die gesetzlichen Bestimmungen momentan keine andere Möglichkeit als diese sehr

eingeschränkte Berichtspflicht zu. Wir haben natürlich die Möglichkeit die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen, die eine andere Berichtsbreite eröffnen würde. Generell geht es darum mehr Transparenz zu schaffen, wegzukommen von der in Österreich üblichen Geheimnistuerei. In skandinavischen Staaten gibt es eine Informationspflicht der öffentlichen Stellen gegenüber der Bevölkerung – das würde ich sehr unterstützen. Daran können wir alle gemeinsam arbeiten. Der mit diesem Beschluss gemachte Schritt ist seitens der GRÜNEN sehr positiv zu sehen, daher gibt es dazu unsere Zustimmung.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Wortmeldungen – dazu ein paar Erläuterungen. Eines ist klar, das Verwaltungshandeln erfolgt nach Maßgabe und im Rahmen von Gesetzen. Wir als Gemeinderat können derartige Gesetze nicht beschließen, d.h. wir haben nur diesen nun vorfindenden engen Regelungsrahmen. Das ist der Grund, warum Prüfberichte derzeit nicht veröffentlicht werden; nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen wir das nicht. Sonst würde ich dies sicher veranlassen. Einer Gesetzesänderung steht jedoch nichts im Wege. Wir müssen sie einfach in die Wege leiten. Insofern fällt es mir schwer Prüfergebnisse auch zukünftig zu veröffentlichen – das wäre ein Amtsmissbrauch – zu dem werden sie, Herr Hufnagl, mich doch nicht auffordern.

Was die Interne Revision und die Namensänderung betrifft darf ich sagen, es handelt sich nicht nur um eine Namensänderung, es kommt sehr wohl zu organisatorischen Veränderungen, zu einer Stärkung der Kontrolle durch mehr Personal, durch mehr Unabhängigkeit des Stadtrechnungshofes selbst. Alle gemachten Änderungen erfolgten im vollsten Einverständnis und Einvernehmen mit Frau Mag. Hofer. Das war uns wichtig; immerhin müssen diese Mitarbeiter die neuen Regelungen vollziehen. Der Anstoß zu dieser Änderung kam von der Kontrollstelle selbst. Es war durchaus sinnvoll die Verbesserungen in den Vordergrund zu rücken. Ich gehe davon aus, dass diese Institution in Zukunft einwandfrei und korrekt arbeiten wird, sodass wir im Rahmen der Politik Rückschlüsse daraus ziehen können. Bitte um Abstimmung.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 2. wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

3.)

LAWOG Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft  
eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung,  
4021 Linz, Garnisonsstraße 22;  
Förderung für den nachträglichen Einbau von  
sieben Personenliften  
SB-GM-2902-2015

Der Antrag (Anlage 5) lautet:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Fördervereinbarung mit der LAWOG Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, 4021 Linz, Garnisonsstraße 22, beschließen.

GR. Hufnagl: Wir werden diesem Antrag so nicht zustimmen. Nicht weil wir generell gegen einen Lifteinbau sind – Lifte sind sinnvoll und praktisch. Warum soll die Stadt Wels der LAWOG jährlich 26.300 Euro Annuitätenzuschuss gewähren? Wie ich diesen Bericht verstanden habe, fördert das Land Oberösterreich dieses Vorhaben bereits mit 50 %, d.h. die öffentliche Hand zahlt der LAWOG diese Lifte mit einer Gesamtsumme von ca. 700.000 Euro komplett. Die komplette Kostenübernahme ist nicht einzusehen.

Es ist auch nicht einzusehen, warum nur gemeinnützige Wohnbauträger gefördert werden. Private Wohnbauträger oder überhaupt Privatpersonen werden nicht gefördert. Das ist nicht gerecht – entweder alle oder niemand.

Im gegenständlichen Fall handelt es sich um dreistöckige Gebäude. Die Förderbedingungen sagen „drei Stockwerke oder mehr“, d.h. wir sind hier an der Grenze der Fördermöglichkeit. Der Österreichische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen empfiehlt den Aufzugseinbau erst ab mehr als drei Stockwerke durchzuführen. Warum? Der Grund ist einfach: Die Betriebskosten der Aufzüge müssen von den Mietern bezahlt werden. Je weniger hoch das Gebäude ist, desto mehr Betriebskosten fallen auf den einzelnen Mieter. Die Betriebskosten im Jahr steigen sehr hoch an. Umgekehrt finanziert die Öffentlichkeit mit solchen Förderungen auch noch die Wertsteigerungen der Gebäude und Wohnungen, indirekt steigen dadurch die Mieten. Daher finden wir überhaupt die Höhe der Förderung nicht sinnvoll.

GR. Schäfer: Betrachtet man die demografische Entwicklung in Österreich, so lässt sich ein Trend der alternden Gesellschaft ableiten. Diesen Trend kann man 1:1 auf die Stadt Wels umlegen und es ist gerade dieser Teil der älteren Bevölkerung, die am meisten von den Lifteinbauten profitiert. Desweiteren erleichtern Lifte in Wohnhäusern den Alltag für Familien, insbesondere jenen mit Kindern. Die Stadt Wels hat ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, deshalb werden wir von den Welser Freiheitlichen der Fördervereinbarung zustimmen.

GR. Mag. Humer: Die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Es geht um Annuitätenzuschüsse. Kollege Schäfer sagte bereits, die Erfahrungen aus der Praxis zeigten, dass gerade ältere Menschen auf Lifte angewiesen sind. Sie können länger in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben. Das sollte es uns als Kommunalpolitik wert sein.

Auch für Jungfamilien ist ein Lift eine Aufwertung der Wohnqualität. Natürlich schlägt sich ein Lift in gewissem Umfang auf die Betriebskosten nieder. Aber der Qualitätsgewinn durch den Einbau eines Liftes ist nicht außeracht zu lassen.

Die SPÖ-Fraktion fühlt sich der älteren und der jüngeren Generation gegenüber verantwortlich. In diesem Sinne kann man diesen überschaubaren Annuitätenzuschüssen auch zustimmen.

Vzbgm. Kroiß: Bekräftigen möchte ich die Aussagen von Ralph Schäfer. Es ist für uns ganz wichtig zu schaffen, dass die älteren Menschen so lange als möglich in ihren Wohnungen bleiben. Aus eigener Erfahrung darf ich anmerken: Meine Mutter wohnte in einem dreigeschossigen Haus ohne Lift. Sie hatte keine Möglichkeit mehr dieses Haus zu verlassen, weil es keinen Lift gab. Man muss hier schon die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse abwägen. Was vielleicht für die Stadt Wels im ersten Moment etwas teurer kommt, so werden wir uns mit Sicherheit Geld sparen, weil wir die Menschen damit erst später in den Alten- und Pflegeheimen unterbringen müssen. Wir müssen danach trachten, dass die älteren Menschen so lange als möglich in ihrer Umgebung bleiben können. Ich glaube, das Geld ist somit wirklich sehr sinnvoll angelegt.

GR. Hufnagl: Wir sind nicht gegen den Lifteinbau. Wir sind einfach nur dagegen, dass die öffentliche Hand zu 100 % diesen Lifteinbau finanziert. Das ist nicht einzusehen. Warum finanziert die Lawog das nicht selbst? Das ist unsere Argumentation.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Herzlichen Dank für diese positiven Meldungen. Ich sehe es genauso: Es ist wichtig, dass die Menschen so lange als möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Es geht aber auch um junge Familien mit Kinderwagen usw. Wir leisten hier einen sehr wertvollen Beitrag. Ich bitte um Abstimmung.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 3. wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Bgm. Dr. Rabl: Wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen, wobei dazu folgender Zusatzantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion zum Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion vorliegt:

„3. Die Stadt Wels verpflichtet sich im Gegenzug, im selben Ausmaß innerhalb der nächsten 6 Monate Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in Kleinquartieren zur Verfügung zu stellen.“ Ich ersuche diesen Zusatzantrag ebenfalls in die Diskussion miteinzubeziehen.

#### Mitteilungen des Bürgermeisters

Sie wissen, wir waren heute zu dritt in Wien und haben mit dem Flüchtlingskoordinator Dr. Konrad und Herrn Takacs, einem Vertreter des Innenministeriums, gesprochen.

Von Seiten des Innenministeriums wurde uns folgendes mitgeteilt: Geplant ist eine Asylunterkunft für 450 Asylwerber in Wels, beginnend wahrscheinlich ab April. Diese werden voraussichtlich zwei bis drei Monate in Wels bleiben und dann im Anschluss in endgültige Flüchtlingsunterkünfte weiterverteilt. Die genaue Zusammensetzung der Asylanten ist noch nicht bekannt und hängt naturgemäß von den tatsächlichen Flüchtlingsströmen ab.

Wir haben uns sehr klar gegen die Unterbringung weiterer Asylwerber in Wels ausgesprochen, aufgrund des zurzeit schon vorhandenen sehr hohen Migrantenanteils. Dadurch sind wir an der Grenze des Leistbaren betreffend die Integration der Asylwerber. Das konnten wir mit entsprechendem Datenmaterial belegen. Außer Wien haben wir in Wels den höchsten Anteil an Mitbürgern mit ausländischer Herkunft. Über 50 % der Volksschüler in den ersten Klassen sprechen nicht ausreichend Deutsch, um dem Unterricht zu folgen und über 60 % der Kindergartenkinder haben einen Sprachförderbedarf, weil sie nicht ausreichend Deutsch können. Damit wir wissen, wo wir derzeit stehen.

Diese Argumentation gab durchaus den Anstoß für einen Nachdenkprozess bei den Vertretern des Innenministeriums. Ich hoffe daher, dass sich hier noch etwas ändern wird. Wobei ich schon meine, wir müssen uns noch in einem weiteren Gespräch treffen, um die Details zu besprechen. Es gibt noch einige offene Punkte, beispielsweise wie viele Kinder kommen nach Wels? Wie alt sind diese Kinder bzw. sind sie begleitet oder unbegleitet? Beim Thema Sicherheit wurde uns zugesagt, dass eine private Sicherheitsfirma rund um die Uhr eine Kontrolle ausübt.

Hier wurde ein erster Schritt gemacht, mit dem wir die Position der Stadt Wels ganz klar definiert haben. Es wird in einem weiteren Punkt zu klären sein, ob jetzt tatsächlich Asylwerber kommen und wenn ja, wie viele. 450 Asylwerber wurden jetzt einmal verordnet.

Wir werden sehen, ob und wie weit wir mit unserer Argumentation durchdringen, wobei ich festhalten möchte, dass es sich dabei um ein Durchgriffsrecht des Bundes handelt. Daraus ergibt sich schlüssig, dass die Gemeinde kein Mitspracherecht hat und daher können wir nicht bestimmen, ob wir Null, 100 oder 500 wollen. Tatsache aber ist, dass derzeit knapp 100 Gemeinden in Oberösterreich überhaupt noch keinen einzigen Asylwerber untergebracht haben und wir bisher 412 Asylanten als Asylwerber in der Grundversorgung haben und weitere 560 Asylberechtigte, die aber nicht in die Quote einzubeziehen sind. Diese Unterscheidung ist wichtig. Einmal sind es Asylwerber, bei denen noch nicht entschieden wurde, ob sie Asyl bekommen und die auf die Quote angerechnet werden. Andere sind asylberechtigt, d.h. es wurde schon entschieden, dass sie Asyl erhalten und diese werden nicht in die Quote einberechnet. Insgesamt betreuen wir in Wels knapp 1000 Asylwerber und Asylberechtigte gemeinsam, aber nur 412 werden uns auf die Quote angerechnet. Ein mir wesentlich erscheinender Punkt im Rahmen dieser Diskussion. Wir haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir als Stadt Wels sehr wohl einen wesentlichen Beitrag leisten im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden.

Ich ersuche diesbezüglich den Berichterstatter Vzbgm. Kroiß und in der Folge den Berichterstatter GR. Ganzert um ihre Wortmeldungen. Anschließend werden wir zu diesen Punkten gemeinsam die Diskussion führen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die geplante Errichtung eines Großquartiers für die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet von Wels  
DI-Verf-028-2016

Vzbgm. Kroiß: In diesem Dringlichkeitsantrag spricht sich die FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion ausdrücklich gegen die Errichtung eines Großquartiers für die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet von Wels aus. Der Herr Bürgermeister führte es bereits aus, konkret ist geplant in der Hessenkaserne 450 Asylwerber unterzubringen. Diese Art der Unterbringung lehnen wir auf das Schärfste ab, denn Integration in dieser Form kann sicher nicht gelingen.

Die Stadt Wels ist sich der Flüchtlingsproblematik durchaus bewusst. Dass wir bereit sind zu helfen zeigt die Tatsache, dass wir seit 5. September 2015 bis Dezember 2015 über 41.000 Flüchtlinge in Wels bei der Durchreise nach Deutschland betreuten. Davon nächtigten 25.000 in den Messehallen. Wer aber glaubt, diese Nächtigungen werden auf die Mindestquote von 1,5 % angerechnet, der irrt sich gewaltig. Egal, wie viele Nächtigungen wir hier haben, diese Transitflüchtlinge werden auf die Quotenberechnung nicht angerechnet. Und nun soll auch noch dieses Großquartier errichtet werden. Außerdem wurden nicht nur Transitflüchtlinge sondern auch sehr viele ständige Asylwerber von verschiedensten Organisationen betreut. Wir dürfen nicht vergessen, wir haben einen Ausländeranteil von 24 % in Wels und einen noch viel größeren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Das heißt, die Stadt Wels hat schon sehr viel getan und tut auch sehr viel in diesem Bereich.

Wir können nur in gewissem Maße Hilfe anbieten, aber wir können nicht für jene 799 Gemeinden in Österreich - davon 100 in Oberösterreich - Gutes tun, die noch gar keinen Flüchtling aufgenommen haben. Wels kann und darf hier nicht als Ersatz für diese säumigen Gemeinden herhalten. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass bei den Syrern die Asylanerkennungquote bei 95 % liegt und bei den Afghanen bei 45 %. Wie viele subsidiär Schutzberechtigte noch dazu kommen, kann derzeit noch nicht gesagt werden.

Stellen wir uns vor, wir kommen die Summe X in die Hessenkaserne, die sehr rasch den Asylstatus erhalten und über kurz oder lang die Kaserne verlassen müssen, weil sie aus der Grundversorgung fallen. Wenn diese Personen die Kaserne verlassen, können die nächsten Personen in die Kaserne einziehen, denn bei Wegfall der Grundversorgung fallen sie auch nicht mehr in die Quotenberechnung. Das kann ein großes finanzielles, soziales und kulturelles Problem für uns werden.

Der Bund könnte uns immer wieder dieses Quotenloch auffüllen und da sprechen wir uns schon sehr dagegen aus. Ich frage mich, ob es hier nicht zu unzumutbaren schweren Belastungen für die Welser Bevölkerung kommt. Eines ist klar: Mit der Errichtung dieses Großquartiers ist die Belastungsgrenze überschritten. Das werden wir so nicht hinnehmen. Wer die Medien in den letzten Wochen verfolgte las von sexuellen Übergriffen auch in Österreich, von der Schlägerei von betrunkenen muslimischen Marokkanern am Linzer Bahnhof, von sexuellen Belästigungen von Kindern in Bädern - dazu können wir nur sagen: „Diese Zustände wollen wir in Wels nicht.“

Natürlich gibt es auf dem Gelände eine 24-Stunden-Betreuung, aber auch die Polizei wird gefordert sein ein Sicherheitskonzept zu erarbeiten, um die sich außerhalb des Geländes abspielenden Zustände zu unterbinden. Diesbezüglich vereinbarte ich bereits einen Termin mit dem Stadtpolizeikommandanten, damit wir gemeinsam eine Strategie erarbeiten, um für die notwendige Sicherheit zu sorgen. Dem Zusatzantrag der GRÜNE-Fraktion werden wir nicht zustimmen.

GR. Ganzert: Die Haltung der SPÖ-Fraktion ist seit Dezember 2015 zum Thema Großunterkunft in Wels ganz eindeutig. Wir haben nach Aufkommen der ersten Informationen sofort medial Stellung bezogen und sprechen uns ganz klar gegen ein geplantes Großquartier im Welser Stadtgebiet aus. Die Erfahrung aus anderen Orten zeigt, das ist keine geeignete Form der Integration. Gleichzeitig haben wir den Bürgermeister als verantwortlichen Repräsentanten der Stadt Wels aufgefordert zu handeln und endlich in den Dialog mit den Behörden und den Zuständigen zu treten.

Ich bin froh, dass der Bürgermeister unserer Aufforderung folgte und heute mit StR. Lehner beim Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung in Wien war. Schade finde ich, dass nicht alle Vertreter der Stadtsenatsfraktionen dazu eingeladen wurden. Für eine gemeinsame Lösung in dieser Frage wäre es das Mindeste gewesen.

Nach Lesung der Pressemitteilungen von heute Mittag habe ich das Gefühl, dass man ohne Ergebnisse aus Wien zurückkam. In meinen Augen hat man sich ein bisschen informiert, die Meinung ausgetauscht und die eigenen Sichtweisen kundgetan. Das hat einen ganz klaren Grund: Ich bin der Überzeugung, der Herr Bürgermeister ist mit leeren Händen nach Wien gefahren.

Ich zitiere den Herrn Bürgermeister aus Tagesordnungspunkt 2.: „Wir ändern keine Gesetze, sondern wir müssen uns an Gesetze (von mir zugefügt: hier im Gemeinderat) halten.“ Die gesetzliche Grundlage ist das Durchgriffsrecht des Bundes. Das bedeutet, sobald eine Stadt nicht die geforderten 1,5 % an der Quote erfüllt, hat der Bund bei Bundesimmobilien das Recht Flüchtlinge einzuquartieren.

Wir sagen: Wer ohne Alternative nach Wien fährt, wird mit leeren Händen zurückkommen. Bei unserem Dringlichkeitsantrag schlagen wir ganz klar vor und fordern die Stadt auf, gemeinsam zu handeln und nach entsprechenden Alternativen zu suchen - in kleineren Einheiten kann Integration besser gelingen –, umso zu verhindern, dass der Bund eine Rechtsgrundlage hat in Wels ein Großquartier zu errichten. Ich unterstütze die Aufforderung an die restlichen 100 Gemeinden in Oberösterreich oder knapp 800 Gemeinden in ganz Österreich, denn es ist eine große Herausforderung, die alle in Österreich betrifft.

Der Herr Bürgermeister ist gefordert und von uns aufgefordert zu handeln. Wir haben dazu eine klare Linie. Ich höre jetzt nicht mehr heraus, dass wirklich ein Großquartier verhindert werden sollte. Beim ersten Dringlichkeitsantrag geht es darum sich dagegen auszusprechen, aber Vizebürgermeister Kroiß spricht schon von einem Sicherheitskonzept. Deshalb habe ich das Gefühl, der Bürgermeister verschließt nicht mehr die Augen vor der Realität, anerkennt die gesetzliche Grundlage und dass das Ganze nur gemeinsam gelöst werden kann.

Ich ersuche um rege Diskussion und um die nötige Vernunft die Tatsachen endlich wahr zu nehmen und den Bürgern in Wels keinen Sand in die Augen zu streuen, sondern gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, damit ein Großquartier in Wels verhindert werden kann.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Flüchtlingswelle, mit der wir seit dem vergangenen Sommer konfrontiert sind, stellt uns zweifelsohne vor große Herausforderungen. Auch wir GRÜNE sind nicht so blauäugig zu meinen, die Bewältigung dieser Flüchtlingswelle bringt keine Probleme mit sich, auch wenn uns das manche unterstellen wollen. Natürlich wissen auch wir, dass Lösungen nur auf internationaler Ebene möglich sind - in unserem Falle wäre die EU gefordert - und es nicht im Gemeinderat zu Lösungen dieses Problems insgesamt kommen kann. Wir wissen zweifelsohne, der wichtigste Ansatzpunkt muss ein diplomatischer und womöglich auch ein militärischer sein. Wenn es gelingt die IS in die Schranken zu weisen, wenn es gelingt einen Friedensprozess in Syrien in Gang zu setzen, dann wird es keine Flüchtlinge mehr geben.

Der nächste Ansatzpunkt ist zweifelsohne die Herstellung von menschenwürdigen Bedingungen in den Flüchtlingslagern in der Region. Es liegt auf der Hand, dass Syriens Nachbarstaaten mit den Millionen von unterzubringenden Flüchtlingen überfordert sind. Wir wissen, die EU geht mit der finanziellen Unterstützung für diese Flüchtlingslager sehr, sehr knausrig um und daher ist es nicht möglich dort Bedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass nicht weitere Flüchtlinge zu uns nach Europa strömen. Schließlich ist inzwischen allen klar, dass die Dublin-Regelungen, von denen auch hier die Rede war, ein Unfug sind. Diese besagen, dass das erste Land in der EU, welches ein Flüchtling betritt, zuständig ist für seinen Asylantrag. Das würde für Österreich bedeuten, die Flüchtlinge müssten mit dem Fallschirm abspringen, weil sie sonst schon ein anderes Land betreten haben.

Dass Griechenland und Italien aber nicht imstande sind den Flüchtlingsansturm zu bewältigen, weil sie die ersten Länder sind, die von Flüchtlingen betreten werden, ist nicht weiter verfolgbar. Man sah, es scheiterte. Schließlich müsste es meines Erachtens wieder möglich sein, dass in EU-Botschaften vor Ort ein Asylantrag gestellt werden kann, dort auf die Bearbeitung des Antrages in einer vernünftigen Frist gewartet wird und dann auf legale Weise in die EU einreist. Wir können doch nicht wollen, dass Flüchtlinge kriminellen Schleppern sich anvertrauen müssen und auf diese Art und Weise unter äußerster Lebensgefahr den Weg nach Europa nehmen. Und schließlich brauchen wir einen fairen Aufteilungsschlüssel in Europa zwischen den Staaten in der EU. Den gibt es aber nicht, weil manche ihre Verantwortung nicht wahrnehmen wollen.

Das ist die Situation und die werden wir hier im Gemeinderat nicht ändern können. Wir wissen, diese Maßnahmen sind bislang leider unterblieben und das was hier passiert in Wirklichkeit Massenmord ist. Mit jedem Tag, mit dem Lösungen verhindert werden, nimmt man billig in Kauf, dass hunderte bis tausende Flüchtlinge auf die eine oder andere Art und Weise den Tod finden.

Wir können doch nicht so tun, als ginge uns das alles nichts an! Weil es diese Lösungen nicht gibt, werden auch weiter Flüchtlinge kommen. Davon können wir ausgehen und wir werden es durch keinen Zaun, keiner baulichen Maßnahme, keine Obergrenze und keine Richtzahl verhindern können.

Wie halten wir es mit der Genfer Flüchtlingskonvention? Meinen wir sie noch ernst? Stehen wir dazu? Ich hoffe, alle in diesem Raum vertretenen Parteien erachten diese Genfer Flüchtlingskonvention sehr wohl noch für sinnvoll und unterstützenswert. In dieser Konvention

steht, dass wir Menschen, die verfolgt werden aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung Schutz gewähren müssen. Das heißt nicht, wir können, sondern wir müssen Flüchtlingen Schutz gewähren, die unter diese Konvention fallen, ob wir wollen oder nicht.

Wenn wir sie aufnehmen müssen, müssen wir auch für ihre Unterbringung sorgen und da muss auch hier in Österreich das Solidaritätsprinzip gelten und nicht das Florianiprinzip. Jedes Bundesland, jeder Bezirk und jede Gemeinde muss ihren Anteil leisten, um dieses Problem zu bewältigen. Da kann Wels keine Ausnahme sein. Wenn die errechnete Quote für unsere Stadt 898 beträgt und wir am Jahresende 355 oder vielleicht inzwischen 412 Flüchtlinge betreuen, heißt das, wir sind weit davon entfernt diese Quote zu erfüllen und unseren Anteil an diesem Problem zu schultern.

Natürlich wollen auch wir GRÜNE kein Großquartier auf dem Gelände der Welser Kaserne. Auch wir finden Integration kann nur gelingen, wenn kleinräumige Strukturen für diese Maßnahmen bereitstehen. Da sind wir uns einig! Aber wenn wir das nicht wollen, müssen wir eine Alternative nennen. Die SPÖ-Fraktion schlug in ihrem Antrag eine solche Alternative vor, daher werden wir diesem Antrag zustimmen. Wir stellten dennoch einen Zusatzantrag zum Antrag der FPÖ- und ÖVP-Fraktion, denn wir sind einerseits gegen die Unterbringung in Großquartieren und damit gegen das vorgesehene Flüchtlingslager auf dem Kasernengelände, aber nur dann, wenn Wels bereit ist seine Verantwortung zu übernehmen und eine Alternative anzubieten.

Deshalb verlangen wir in unserem Zusatzantrag die Ergänzung des Punktes 3. - ein Signal dem Bund gegenüber, dass wir dazu bereit sind im selben Ausmaß Kleinquartiere anzubieten. Sollte dieser Zusatzantrag nicht angenommen werden, sehen wir keine Veranlassung den Hauptantrag zu unterstützen, denn nur Nein zu sagen ist keine Lösung. Ohne Alternative ist eine solche Ablehnung eine zutiefst illoyale und unsolidarische Vorgangsweise, die wir nicht unterstützen werden. Wir glauben, es ist notwendig einen fairen Aufteilungsschlüssel zu haben und auch zu akzeptieren. Wir wollen die Lösung durch die Suche nach Kleinquartieren bewerkstelligen. Wir ersuchen sie daher, auch den GRÜNE-Zusatzantrag zu unterstützen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ich sehe mich zu ein paar Richtigstellungen veranlasst. Die von Stefan Ganzert erwähnte Quote bezieht sich nicht auf einzelne Gemeinden, sondern auf ein Land. Das bedeutet, dass eine Gemeinde im Durchschnitt 1,5 % unterbringen sollte. Es gibt aber Gemeinden, die null unterbringen, es gibt aber auch Gemeinden mit 2 % Unterbringung. Frau Gertraud Jahn sagte als SPÖ-Landesrätin noch am 1. August, dass bei der Unterbringung der Flüchtlinge auf den Migrationsanteil einer Stadt oder einer Gemeinde Rücksicht zu nehmen ist. Sie hat ausdrücklich vor den Wahlen versprochen – konkret den OÖNachrichten zu entnehmen -, dass bei der Unterbringung die Höhe des Migrationsanteiles und die Integrationsprobleme berücksichtigt werden. Jetzt ist davon nicht mehr die Rede.

Alles was ich beim Ministerium tat, ist dieses vor den Wahlen gegebene SPÖ-Wahlversprechen einzulösen. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen der Position der FPÖ und der Position der SPÖ. Wir sagen, wir haben einen wesentlichen Solidaritätsbeitrag erbracht. Wir machen unfassbar viel Integrationsarbeit in der Stadt. Wir haben die höchste Integrationsbelastung in ganz Österreich. Keine einzige Stadt außer Wien hat eine ähnliche Problematik wie wir in Wels. Nicht Salzburg, nicht Innsbruck – niemand! Wir sind absolut „on the top.“ Wir haben hier ein Alleinstellungsmerkmal und das vermittelten wir in Wien und wurde auch so aufgenommen.

Die SPÖ will - im Gegensatz zu uns - 500 zusätzliche Asylwerber in der Stadt aufnehmen, damit die Quote erfüllt werden kann. Das ist aus ihrem Antrag eindeutig zu entnehmen. Sie sprechen sich nicht nur gegen ein Asylgroßquartier aus, sondern es müssen laut Antrag bis zur Erfüllung der Quote Kleinquartiere geschaffen werden. Das bedeutet, es sollen weitere 500 Asylwerber in Wels aufgenommen werden. Das ist Faktum und das wollen offensichtlich auch die GRÜNEN mit ihrem Zusatzantrag, weil weitere Kleinquartiere schaffen, bedeutet weitere Asylwerber aufnehmen. Wozu soll ich weitere Kleinquartiere schaffen, wenn ich ohnehin keinen Asylnehmer aufnehmen soll? Die Quote erfüllen bedeutet in Klein- oder Großquartieren 500 Asylwerber mehr in Wels. Das ist die Wahrheit!

Diese Solidarität, die wir haben wollten, erbrachten wir in der Stadt durch unsere hervorragende Integrationsarbeit, aber wir können einfach nicht mehr. Wir haben eine Grenze erreicht, wo auch die Bevölkerung nicht mehr weiter mitmachen will und als FPÖ-Fraktion wollten wir eine Entlastung in dieser Situation erreichen. Das wird natürlich jetzt konterkariert und das halten wir für nicht gut. Deshalb glauben wir auch, dass der Aufteilungsschlüssel mit 1,5 % diesen hohen Migrationsanteil in der Stadt berücksichtigen sollte. Ich hätte mir in diesem Zusammenhang einen Schulterchluss zwischen den Parteien gewünscht, wie das in Villach tatsächlich zustande kam. Der Villacher SPÖ-Bürgermeister hat sehr vehement das Quartier bekämpft mit Unterstützung aller anderen Parteien. Dieser Schulterchluss war mit der SPÖ-Fraktion leider nicht möglich und ich sah daher keine Veranlassung die SPÖ-Fraktion zum Termin mitzunehmen, weil die SPÖ offensichtlich andere Interessen vertritt, nämlich mehr Asylwerber nach Wels, als wir das gemacht haben. Das ist auch so in Ordnung, das ist ein Ausdruck freier politischer Meinungsbildung und wird von uns zur Kenntnis genommen. Tatsache ist - unser Weg ist es nicht.

Ich halte mich an das Wahlversprechen, das ich vor den Wahlen gab, keine zusätzlichen Asylwerber nach Wels zu bringen. Ich weiß nicht, ob ich es erfüllen kann. Es ist ein Gesetz, welches vom Bund ausgeht und ich weiß nicht, ob ich es schaffe. Ich werde dafür kämpfen, mich dafür einsetzen und Initiativen starten. Aber zuletzt entscheidet es der Bund. Tatsache ist, dass die Arbeit der Welser Parteien in diesem Zusammenhang dann nicht einfacher wird, wenn eine Partei wie die SPÖ sagt, wir können schon 500 mehr nehmen, das ist kein Problem. Ich empfinde das zutiefst irritierend und deswegen ist unsere Position in diesem Zusammenhang ganz klar.

In den Mitteilungen sprach ich von einer ersten Annäherung, so war es die Annäherung der Abklärung von Positionen. Nämlich gibt es jetzt ein Asylquartier oder gibt es keines? Wir legten unsere Position dar und sagten, aus unserer Sicht sollte es keines geben. Aber wenn es eines gibt, weil wir das Ministerium nicht überzeugen konnten, weil wir nicht genügend Argumente auf den Tisch gelegt haben oder einfach diese Notwendigkeit in diesem Ausmaß besteht, dann müssen wir darüber reden, wie viele kommen jetzt tatsächlich nach Wels. Daher auch diese zweite erforderliche Gesprächsrunde, weil man sich im Ministerium zuerst mit unseren Argumenten auseinandersetzen will und diese nicht gleich abgelehnt wurden. Die Anzahl kann erst in einem zweiten Schritt festgelegt werden.

Zu Mag. Teubl möchte ich noch etwas betreffend die Genfer Flüchtlingskonvention sagen. Flüchtlinge, die nach Wels und nach Österreich kommen durchwandern üblicherweise fünf sichere Drittstaaten. Die Genfer Flüchtlingskonvention geht von einer persönlichen Verfolgtheit aus, d.h. Bedrohung durch Folter, Mord und ähnlichem. Ich kann ihnen versichern, wenn die Flüchtlinge nach Griechenland, Kroatien oder Slowenien kommen, sind sie nicht mehr von Tod und Folter bedroht, deshalb fällt der Asylgrund spätestens dann weg. Das Problem liegt derzeit darin, dass sich die Asylwerber nach Sozialstandards aussuchen wohin sie gehen. Das ist ein Weg, der nicht in der Genfer Flüchtlingskonvention steht. Dort steht nicht, dass sie sich aussuchen können, wohin sie wollen, wo sie die besten persönlichen Bedingungen, die soziale Absicherung und den Arbeitsplatz finden.

Das ist zwar ein subjektiv persönlich verständlicher Grund zu wählen, ob ich nach Österreich, Deutschland usw. gehe. Ich würde es mir vielleicht auch aussuchen, aber in der Genfer Flüchtlingskonvention ist es nicht enthalten. Es gibt überhaupt keinen Grund, wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat kommt, dass diese Flüchtlinge tatsächlich diesen Status anerkannt bekommen. Deshalb wurde diese Dublin-Verordnung gemacht, auch wenn sie von der EU nicht exekutiert wird. Die europäische Solidarität in dieser Frage greift überhaupt nicht und ist derzeit überhaupt nicht in der Lage das Problem zu lösen. Ich hoffe, die EU setzt hier sehr tatkräftig weitere Initiativen.

Beim Zaun muss ich sie auch verbessern. Natürlich hilft ein Zaun! Das sieht man in Ungarn, in Israel und in den Vereinigten Staaten. Ein Zaun ist natürlich geeignet Wanderungsbewegungen umzuleiten oder überhaupt zu verhindern. Weiters sagen sie, Krieg sei ein Verfolgungsgrund und in der Folge ein Grund nach der Genfer Flüchtlingskonvention Asyl zu erhalten, das ist ebenfalls falsch. Krieg ist kein Grund für einen Asylwerber Asyl zu bekommen nach der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern es geht immer um die persönliche Verfolgung und um nichts anderes. Wenn es in einem kriegführenden Land sichere Zonen gibt, wie das in Afghanistan der Fall ist, dann ist das häufig ein Grund gerade hier keine persönliche Verfolgung anzunehmen. Auch das sollte einmal richtiggestellt werden, was in dieser Genfer Flüchtlingskonvention enthalten ist. Es ist auch zulässig, dass es hier eine Obergrenze gibt, die entsprechend definiert wird, weil eben kein Asylgrund, weder nach Dublin noch nach der Genfer Flüchtlingskonvention vorliegt.

Wir sollten uns hier noch einmal überlegen, ob wir diese Probleme nicht doch Schulter an Schulter angehen sollten. Tatsache für uns ist, es sollte unserer Ziel sein, die Integrationsproblematik in der Stadt Wels nicht weiter zu verschärfen, sondern möglichst entlastend darauf einzuwirken. Wenn wir schon Asylwerber aufnehmen müssen, weil der Bund sie uns aufoktroziert, sollten wir versuchen die Zahl möglichst niedrig zu halten.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Hufnagl: Ich war sehr gespannt, wie dieser Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Fraktion genau formuliert sein würde. Ich lese darin, dass eine Resolution gegen die Unterbringung von 400 Kriegsflüchtlingen in der Welser Kaserne verfasst werden soll. Nach dem jetzt Gehörten muss ich es so interpretieren, dass die FPÖ gegen die Unterbringung jeglicher neuer Flüchtlinge in Wels ist. Wenn man nur gegen eine Massenunterkunft gewesen wäre, dann hätte die Stadtregierung Alternativen aufgezeigt. Gegen eine Massenunterkunft zu sein und keine Alternativvorschläge für kleinere Einheiten zu haben, ist sicherlich zu wenig.

Der Antrag hätte lauten müssen, die FPÖ- und ÖVP-Fraktion spricht sich gegen jegliche Unterbringung neuer Flüchtlinge in Wels aus. Dadurch hätten gewisse Missverständnisse vermieden werden können. Aber gegen jegliche Unterbringung in Wels zu sein ist für mich Kirchturmdenken. Wir werden in Wels die Probleme nicht lösen können. Das ist Aufgabe unserer Bundesregierung und Aufgabe der EU. Wir können hier nur mithelfen die aktuelle Notlage zu lindern. Das Florianiprinzip hilft uns dabei nicht weiter. Generell sind solche Resolutionen völlig sinnlos. Sie haben keinerlei Auswirkung und dienen dazu politisches Kleingeld zu machen. Die Bundesregierung wird wegen dieser Resolution nicht auf ihr Durchgriffsrecht verzichten, denn genau für solche Verhinderer ist dieses Durchgriffsrecht gemacht worden.

Dass wir etwas gegen den Ansturm von Asylwerbern machen müssen, ist klar. Hier hilft sicher die Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen. Im Moment haben wir keinen Platz für Wirtschaftsflüchtlinge. Es muss hart durchgegriffen werden. Das Thema Kriegsflüchtling können wir nur gemeinsam in der EU lösen, vielleicht nur dann, wenn in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Ordnung geschaffen wird. Unser Matthias Strolz hat vor zwei Wochen einen Fünf-Punkte-Plan vorgestellt, der z.B. ein „Schengen 2.0“ fordert, damit eine effektives Management, eine effektive Kontrolle an der Außengrenze wieder möglich wird. Oder

wir fordern gemeinsame Asylverfahren aller Länder anstelle von Dublin II. Das würde bedeuten, die Menschen können sich nicht mehr aussuchen wohin sie wollen, sondern sie werden einfach aufgeteilt zwischen diesen willigen Ländern. Wir fordern natürlich auch eine finanzielle Beteiligung aller europäischen Länder an den Kosten. Thema Schnellverfahren: Nur durch solche Maßnahmen kann die Krise gelöst werden.

Eine kleinkarierte Diskussion in Wels, ob wir weitere Flüchtlinge aufnehmen oder nicht, brauchen wir auf keinen Fall. Das hilft wirklich niemand weiter. Wir reden von der Notlösung der temporären Unterbringung, weil diese Flüchtlinge nicht hierbleiben.

Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, außer der Abänderungsantrag der GRÜNEN wird angenommen, dann werden wir uns das noch überlegen.

GR. Mag. Simunovic: Ich bin mir ganz sicher, dass es niemanden in diesem Saal gibt, der mehr Flüchtlinge in Wels haben möchte. Auch nicht die sozialdemokratische Fraktion. Aus der Freiheitlichen Presse kommt der Eindruck, wir würden uns wünschen, dass möglichst viele Flüchtlinge nach Wels kommen. So ist es nicht! Nur wir sind keine Realitätsverweigerer. Der Wortlaut des Antrages der FPÖ- und ÖVP-Fraktion ist eines und die sich dahinter versteckende Philosophie ist etwas anderes. Diese Philosophie, wie ich sie verstehe, ist ethisch verwerflich, juristisch problematisch und gesellschaftlich sinnlos. Wir wollen solidarisch bleiben und nicht die Menschen auseinanderdividieren. Juristisch problematisch deshalb, weil wir nicht um Wels einen Zaun bauen und nicht einmal die Quote beeinflussen können.

Gesellschaftlich sinnlos ist es deswegen, weil wir mehr solidarische Gedanken, mehr Unterstützung und mehr gemeinsame Bemühungen in Richtung Integration benötigen. Denken wir gemeinsam darüber nach, wie Integration gut funktionieren kann. Ich bin mir sicher, wenn die eine oder die andere Sozialleistung gekürzt wird, wird nichts besser. Ich bin mir nicht sicher, ob mittlerweile weniger Muttersprache in den Schulhöfen gesprochen wird. Was hat sich wesentlich verbessert? Vorschläge hätten wir selber und würden mit Sicherheit alle sinnvollen Integrationsmaßnahmen unterstützen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte die Sicht der ÖVP-Fraktion, die diesen Antrag mitformuliert und mitunterschrieben hat, dokumentieren und ausdrücklich begründen. Unser Antrag lautet dahingehend: Die Stadt Wels spricht sich ausdrücklich gegen die Errichtung eines Großquartiers für die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet von Wels aus. Das ist kein Angriff, keine Beleidigung oder eine Unterstellung gegenüber jemand anderen, sondern das ist unsere Meinung dazu, wir wollen kein Großquartier in Wels haben. Warum nicht? Schon immer ist das Integrationsthema in Wels ein heißes Thema. Auch im Gemeinderat wurde oft darüber diskutiert. Als die Flüchtlingskrise begann waren Unterbringungsmöglichkeiten (Welser Messe etc.) für durchziehende Flüchtlinge vorgesehen und möglich. Es waren über 40.000 Flüchtlinge in Wels. Über 20.000 Nächtigungen wurden dank vieler helfender Hände, dem Roten Kreuz und NGO's ermöglicht.

Wir wissen aber ganz genau, dass die Welser Bevölkerung aufgrund der Vorfälle, über die medial sehr intensiv berichtet wurde, gewisse Ängste hat. Die begründeten Ängste (Köln, Linz und dergleichen) sind ernst zu nehmen. Wir wollen nicht Gefahr laufen mit einem Großquartier in Wels genau die gleiche Problemsituation zu erleiden wie in den anderen Städten. Daher vertrat die ÖVP-Wels ganz eindeutig diese Position und sagte medial in einer Presseaussendung: Wir möchten für Wels da sein und dementsprechend die Sicherheit der Welser Bevölkerung gewährleistet haben. Wir gehen davon aus, dass der Polizei das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt wird. Das ist für uns eine ganz wesentliche Voraussetzung. Der Hilfsinstitution mit den Wachdiensten möchte ich die Kompetenz nicht absprechen. Mir ist es lieber Polizisten tragen für unsere Sicherheit Sorge und nicht eine private Unternehmung. Daher ist mir eine ausreichende Zahl an Polizisten wichtig, die für unsere Sicherheit eintreten wird.

Es kann nicht sein, dass uns in Wels von außen 400 Flüchtlinge aufoktroziert werden. Es ist zu gewährleisten, dass auch andere Gemeinden ihrer Verpflichtung nachkommen. Es kann nicht immer nur sein, dass Wels den Kopf in den Sand stecken muss und wir für die weitere Betreuung aufkommen müssen. Daher ist an die Solidarität der Gemeinden in Oberösterreich und über Oberösterreich hinweg zu appellieren ihrer Verpflichtung nachzukommen, wobei der große Ausländeranteil in Wels zu berücksichtigen ist und schon bisher der Verpflichtung der Integration für die Flüchtlinge nachkam. Das kann nicht ignoriert werden. Es ist für uns wichtig dementsprechend aufzutreten und mit der Positionierung ganz klar zu sagen was wir wollen und um was es hier geht. In erster Linie um Wels, um die Welser. Wir müssen erst dann weiterdiskutieren, wenn gewisse Rahmenbedingungen geklärt sind und wir sicher davon ausgehen können, dass die Sicherheit für Wels garantiert ist.

Vzbgm. Kroiß: Ich möchte noch einmal den Antrag der SPÖ-Fraktion vorlesen: Die Stadt Wels wird aufgefordert alternative Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gemäß der zu erfüllenden Quote zu suchen. Das heißt, die SPÖ fordert sehr wohl zusätzliche Flüchtlinge in Wels unterzubringen. Die Dringlichkeit begründet sich darin, dass aufgrund der anhaltenden Zustände in den Flüchtlingsregionen von keinem Ende des Zustroms von Schutzsuchenden nach Österreich auszugehen ist. Die Welser SPÖ geht nicht konform mit der Bundesregierung, die diesen Richtwert beschloss. Sie geht davon aus, dass diese Zahl unter keinen Umständen eingehalten werden kann. Somit hat sie das Vertrauen in die Bundesregierung verloren.

Natürlich beeinflusst das Land Oberösterreich die Quote. In einer Präambel der Genfer Flüchtlingskonvention heißt es, es darf durch Gewährung von Asyl keinesfalls zu unzumutbaren schweren Belastungen für das asylgebende Land kommen. Wenn es keinesfalls unzumutbare Belastungen für das Land geben darf, kann auch für die Stadt Wels diese Präambel verlangt werden.

Zu Kollege Hufnagl möchte ich anmerken, dass es sich hier nicht um eine Resolution handelt – es ist auch im Antrag nicht zu lesen. Es soll eine klare Aussage seitens der Stadt Wels sein, dass wir dieses Großquartier nicht wollen. Ich finde es nicht kleinkariert sich Sorgen um die Welser Bevölkerung zu machen. Auch in Traiskirchen hieß es nur vorübergehend und schauen sie sich die Entwicklung dort heute an. Das wollen wir auf alle Fälle verhindern.

GR. Schönberger: Der Antrag der SPÖ-Fraktion soll ein konsensualer Zugang sein, um sich eventuell andere Quoten ausarbeiten zu können. Nach Wien zu fahren und zu sagen, wir nehmen überhaupt keine Flüchtlinge mehr, ist der falsche Ansatz, zu dem es eine andere Rechtsgrundlage gibt. Der Bund besitzt nicht überall Grund und Boden, wo er Quartiere errichten kann. Das wird beispielsweise in Steinhaus, in Pichl bei Wels usw. schwierig sein. In Wels sind Liegenschaften des Bundes vorhanden.

Auch bei Miteinbeziehung des hohen Ausländeranteils in Wels – bei einem Anteil von 20 % und einer Quote von 800 – fehlen immer noch für 200 Flüchtlinge die Plätze, die wir momentan nicht haben. Wenn wir uns bemühen die Quote annähernd zu erfüllen und kleine Quartiere schaffen, dann kann mit dem Bund durchaus verhandelt werden. Vielleicht sogar auf Landesebene - da hat die SPÖ sicher kein Mitspracherecht bei Vergabe der Quote. Auf Bundesebene haben wir eine schwarze Innenministerin und sich die Verantwortlichkeiten so zu legen, wie wir es gerade haben wollen, finde ich sehr abstrakt. Verhandeln, heißt für mich geben und nehmen. Genauso ist der Antrag der SPÖ-Fraktion zu sehen. Versuchen wir in geringen Ausmaßen menschenwürdige Unterkünfte in kleineren Einheiten zu finden mit Möglichkeiten zur Integration für Menschen, die zu uns aufgrund der gesetzlichen Grundlage kommen müssen. Sie könnten aber auch eine Gesetzesänderung im Bund beschließen. Auch das wäre eine Möglichkeit, wenn sie Mehrheiten dazu finden. Das ist nicht absehbar, also müssen wir uns an die derzeitige Sachlage halten. Bei Nichtumsetzung der Quote haben wir 400 Personen in der Hessenkaserne untergebracht, sie hatten einen medialen „Showdown“ und diese Flüchtlinge sind trotzdem da. Wenn ich mich gegen ein Gesetz auflehne, aber keine Lösung anbiete, ist das nur

Gewitterdonner, Theaterdonner und medialer Rummel um nicht viel, was man abändern kann bzw. will. Nein zu sagen wird den Bund überhaupt nicht beeindrucken.

GR. Haböck: Meine Leidenschaft für Geopolitik ist ja bekannt, aber eine Diskussion über geopolitische Vorgänge ist hier wirklich leider am falschen Platz. Kollege Mag. Teubl sagte: Seit letztem Jahr wissen wir, dass die Flüchtlingsströme auf uns zukommen. Das ist das Grundproblem dieser Debatte. Hier zeigt sich schon das große Problem in der Politik, dass eine kurzfristige Politik zu verheerenden Situationen für alle führen kann. Das Kommen der Flüchtlingsströme ist seit mindestens viereinhalb Jahren bekannt, seit damals tobt der Bürgerkrieg in Syrien und war schon seit den 90er-Jahren Gegenstand von Debatten auf europäischer Ebene. Der Grund warum es hier noch zu keiner Lösung kam: Es gibt viele nationale Staaten, nationale Regierungen, wechselnde Regierungen, die es nicht nur verabsäumten, sondern aktiv eine kurzfristige Politik betrieben und auf europäischer Ebene blockierten. Nun müssen einige Länder das schultern, während andere Länder sich unsolidarisch zeigen.

Solidarität statt Florianiprinzip, das kann ich 100%ig unterstreichen. Nur ist es in Wels umgekehrt. Denn Wels sagt nicht, wir wollen niemand aufnehmen und wir haben überhaupt keinen Platz für Flüchtlinge, Asylwerber, Zuwanderer etc. Das Durchgriffsrecht des Bundes musste deswegen geschaffen werden, weil es so viele Gemeinden und Regionen gibt, die sich unsolidarisch zeigen. Wels ist höchst solidarisch, zusammen mit den anderen hundert Gemeinden, die bisher Flüchtlinge aufnehmen. Aber wenn 799 Gemeinden in Österreich noch immer niemanden aufnehmen und Wels und andere Gemeinden weit über der Quote liegen, kann nicht davon gesprochen werden, dass hier im Gemeinderat das Solidaritätsprinzip in Frage gestellt werden soll. Das Durchgriffsrecht wurde von vielen Seiten kritisiert. Ich sehe es nicht so problematisch, weil ich es durchaus verstehen kann, dass die Bundesregierung oder als Administration der Gesetzgeber ein Mittel sich schafft, um in einer humanitären und sozialen Krise ein Durchgriffsrecht zu haben gegenüber Gemeinden oder politischen Gremien, die blockieren wollen. Nur, dieses Durchgriffsrecht gilt meiner Meinung dann, wenn ohne Grund versucht wird zu blockieren oder sich unsolidarisch zu zeigen.

Wels zeigt sich nicht unsolidarisch und die FPÖ- und ÖVP-Fraktion nahmen nicht ohne Grund eine Position ein, die sich zu den geplanten Maßnahmen kritisch äußert. Bei den Transitflüchtlingsen hat die Welser Bevölkerung übermenschliches geleistet und Wels hat dabei Verantwortung gegenüber Asylwerbern, Asylberechtigten und Flüchtlingen wahrgenommen. Zurückkommend auf die Kurzichtigkeit in der nationalen europäischen Politik muss ich sagen, zwischen „Welcometaumel“ und „Grenzendicht“ gibt es einen vernünftigen Standpunkt: langfristig planen. Was sind die langfristigen Konsequenzen aus dem Handeln der Staaten und der Politik heute?

Wir in Wels können leider nicht den Krieg in Syrien beenden, aber wir können den Menschen, die bei uns sind, eine Chance geben sich zu integrieren und sich ein Leben aufzubauen. Das heißt, Bildung, Schule, Arbeitsplätze, Wohnen. Kann Wels unbegrenzt bzw. in einer großen Anzahl das „gewährleisten“ in einer Stadt mit einer relativ hohen Arbeitslosigkeit? Haben wir die Möglichkeit für genügend Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildungsplätze, um allen die Chancen zu geben hoffentlich auch die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen. Das ist eine gelungene Integration, wenn wir in diesem Gremium beschließen, nur eine gewisse Zahl an Flüchtlingen mit Chancen, Rechten und Pflichten aufzunehmen.

Das ist in dieser heutigen und in der nationalen politischen Debatte überhaupt nicht zu Wort gekommen. Was passiert in sechs Monaten? Was passiert mit den Menschen, welche die Grundversorgung verlassen dürfen und auf sich selbst gestellt sind? Dass dieses Thema noch nicht vorkam, sagt sehr viel aus über die Art der Politik. Hier liegt auch das Grundproblem. Ich finde es vernünftig gegenüber allen Asylwerbern, Flüchtlingen und bedürftigen Menschen, die hier sind, höchst verantwortungsvoll zu sagen, es muss eine gewisse Kapazität geben, wo es vor allem die Welser Bevölkerung für möglich erachtet, diesen Menschen zu einem

lebenswerten Leben zu verhelfen. Einfach nur zu fordern, alle rein, alle raus ist absolut falsch und kurzsichtig. Wir können diesen Antrag unterstützen, weil er meiner Meinung nach vernünftig ist.

GR. Prof. Mag. Teubl: Herr Bürgermeister, ich möchte eines der falschen Zitate, die sie von mir wiedergaben widerlegen: Krieg sei in der Genfer Flüchtlingskonvention als Verfolgungsgrund definiert. Das habe ich nie gesagt. Wenn wir wissen, dass in Syrien eine Terrororganisation wie der IS an der Macht ist, dann können wir davon ausgehen, dass alle, die dieses System nicht unterstützen, verfolgt werden. Ob das jetzt politisch oder religiös ist, darüber kann man streiten. Aber nicht umsonst werden Syrer in der Mehrzahl der Fälle auch positiv bei Asylanträgen beschieden.

Sie sagten, wir machten Dublin. Gott sei Dank nicht, denn so einen Unsinn hätten wir nie gemacht. Warum haben wir Dublin gemacht? Um uns die Flüchtlinge vom Leib zu halten und um Griechenland und Italien alleine zu lassen mit diesem Problem. Genau das kritisierte ich. Sie sagten auch, wenn die Flüchtlinge zu uns nach Österreich kommen, haben sie schon mehrere sichere Drittstaaten durchschritten. Das ist richtig. Mit Dublin könnten wir sagen, dass die alle bei uns nichts verloren haben. Das entspricht nicht unserer Auffassung von Solidarität. Dublin wurde schon längst außer Kraft gesetzt. Aber es wurde noch nicht wirklich außer Kraft gesetzt, wenn man diesen Unsinn sieht.

Ich möchte noch auf die Position der ÖVP-Fraktion eingehen. Da verstehe ich manches nicht. Kollege Haböck meint, dass Wels nicht sagt niemanden aufnehmen zu wollen und uns nicht von der Solidaritätsverpflichtung lossagen wollen. Was enthält denn dieser Antrag? Er sagt nein zu einem Großquartier, aber sagt auch nicht welche Alternative es geben kann. Meines Erachtens müssten sie dann unseren Zusatzantrag unterstützen, um zu dokumentieren, dass wir sehr wohl bereit sind weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Kollege Dr. Csar stellte fest, dass es sich bei diesem Antrag um keine Resolution handelt. Was ist es denn? Im Antrag steht: Die Stadt Wels spricht sich gegen die Errichtung eines Großquartiers für die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet von Wels aus. An wen soll sich das richten? Womöglich an uns selbst? Wenn es nicht als Resolution gedacht ist, frage ich mich seit wann wir Meinungen beschließen. Meinungen kann ich in der Zeitung äußern, aber hier im Gemeinderat brauche ich die anderen Parteien nicht damit belästigen. Sollen wir den gefassten Beschluss in Stein meißeln und als Denkmal am Stadtplatz aufstellen? Das kann es nicht sein! Wenn es keine Resolution ist, ist dieser Antrag vollkommen sinnlos und sollte zurückgezogen werden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte ein paar Punkte aufgreifen. Es hätte mir sehr gefallen, wenn Kollege Dr. Csar nicht nur von Klarheit gesprochen, sondern sie auch ausgedrückt hätte. Ich hörte nicht, ob ihr der Meinung seid, die Stadt Wels hat eine Verantwortung im Bereich von Kleinquartieren, wenn die Anforderung vom Ministerium zur Aufnahme von weiteren Menschen kommt. Das würde ich für eine offene und ehrliche Debatte wichtig finden, zu einem Problem, die ganz Europa vor große Herausforderungen stellt. Es sind zur Zeit 66 Millionen Menschen als Flüchtlinge unterwegs und ich möchte betonen: Wir reden hier trotzdem immer noch über Menschen, die aus der Heimat vertrieben wurden, die zu Hause ermordet, ihre Städte zerbombt, Frauen vergewaltigt werden und die bei uns Schutz suchen.

Wir reden hier immer wieder nur von einer Quote und von Prozentzahlen. Es muss uns bewusst sein, wenn wir von der Genfer Flüchtlingskonvention sprechen, sprechen wir über die Solidarität der Menschen und der Nationen untereinander.

Die Quote ist ganz klar auch eine Gemeindequote, eine Bezirksquote und eine Landesquote. So zu tun und zu sagen, wir müssen den Dialog führen und mit den politischen Partnern im Land und Bund reden und als Umkehrschluss zu sagen, die SPÖ sei dafür, dass jetzt um 500 Menschen mehr zusätzlich kommen, ist meines Erachtens nicht fair. So kann es ein Demagoge

ruhig ausdrücken, das macht nichts. Es geht um eine offene Diskussion über Verantwortung. Verantwortung heißt auch, Menschen zusätzlich in unserer Stadt aufzunehmen und zusätzliche kleine Quartiere zu schaffen.

Frau Landesrätin Jahn sagte sehr wohl, die Bevölkerungsstruktur soll in einer Stadt und Gemeinde berücksichtigt werden. Das war immer eine Frage des Dialoges. Wenn wir jetzt den Dialog verweigern und so tun, wie wenn uns die Solidarität nichts angeht, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn unserer Argumente so nicht gehört werden.

Zuletzt möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der beweisträchtig sein könnte, wie nachhaltig die Argumente der FPÖ-Fraktion sind. Ich kann mich erinnern, dass wir gemeinsam in der Frauenklinik die zeitweise Unterbringung von Flüchtlingen unterstützten. Die FPÖ-Fraktion sammelte gegen deren Unterbringung Unterschriften und behauptete, dass das ein Großlager werden würde. Am Ende der vereinbarten Frist stand dieses Gebäude für den Verkäufer leer zur Verfügung. Wenn wir heute eine Debatte zu solch einem emotionsgeladenen Thema führen, sollten wir uns anschauen woher die Argumente kommen und wie stichhaltig diese sind. Ich würde appellieren dafür, gemeinsam in der Stadt Wels nach kleinen Einheiten zu suchen und im Umkehrschluss den Gesetzgeber nicht zu einem Großquartier zu zwingen. Wer den Dialog verweigert, darf sich über die Ergebnisse nicht wundern. Sollte es ein Großquartier geben, kennen wir die Schuldigen, nämlich die nicht verhandeln sondern Bedingungen stellen wollten.

StR. Lehner: Ich beginne mit der letzten Wortmeldung, weil hier in den Raum gestellt wird, dass diejenigen, die heute in Wien waren, schuld sind, wenn es in Wels zu einem Großquartier kommt. Dazu möchte ich die Situation des Bundes erklären. Der Bund teilte uns heute ganz klar mit, dass die Quoten nicht auf Gemeindeebene gesehen werden, sondern rein auf Landesebene. Solange Oberösterreich die Quote von 1,5 % nicht erfüllt, ist die Gefahr groß, dass der Bund Großquartiere einrichtet. Diese Großquartiere richtet er dort ein, wo er Grund und Boden hat. Bei der Hessenkaserne ist das der Fall. Der Bund konfrontierte uns damit, dass 450 Asylwerber in Wels ab Ende April in 160 Containern einziehen sollen. Wir sind nicht mit leeren Händen nach Wien gefahren, sondern wir waren mit den Sorgen und Ängsten der Welser Bevölkerung ausgestattet. Für diese Welser sind wir eingestanden und eingetreten.

Denn wir können nicht mit kleinen Quartieren – ich habe schon einen Vorschlag in Wels unterbreitet – ein Großquartier verhindern, sondern wir können nur versuchen, dass in Oberösterreich die Quote von 1,5 % erreicht wird. Wir können uns dafür einsetzen, falls dieses Quartier eingerichtet wird, dass es nicht in der vollen Größe nach Wels kommt, dass bei der Zuteilung der Personen bei der Altersgruppe auch auf die Interessen der Stadt Wels Rücksicht genommen wird und dass es im Bereich der Sicherheit auch zu einer Unterstützung der Welser Polizei kommt. Auch das ist ein wichtiger Punkt, denn wir haben auch ohne Flüchtlingspolitik ein Defizit an gut ausgebildeten Polizisten. Wir hoffen auf mehr Polizisten in Wels, egal ob es zu Flüchtlingsströmen in Europa kommt oder nicht.

Karl Schönberger hat mir die Augen geöffnet, denn im Laufe seiner Wortmeldung kam heraus, dass es ihm gar nicht mehr um die Verhinderung eines Großquartiers geht, sondern er will sowohl als auch. Wir stehen von Anbeginn an dahinter, kein Großquartier in Wels haben zu wollen, weil ein Großquartier uns soziale Konflikte, Konflikte in den Schulen bringt. Das wollen wir nicht, dafür treten wir ein. Wir brauchen auch Solidarität, vor allem eine europäische Solidarität, um diese Probleme lösen zu können. Wir dürfen die Ängste und Sorgen der Welser Bevölkerung nicht vergessen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es in der Welser Bevölkerung Menschen gibt, die sich hervorragend für Asylwerber einsetzen und hier tolle Arbeit leisten. Es gibt sehr viele Eigentümer, die auch ihre Wohnungen und Häuser zur Verfügung stellen und dort Asylquartiere einrichten. Es ist primär das private Engagement, das es ermöglichte in der Hans-Sachs-Straße, im Spitalhof, in der Bahnhofstraße Flüchtlinge unterzubringen.

Wenn es uns nicht gelingt dieses Großquartier am Flugplatz zu verhindern, entsteht eine Sowohl-als-auch-Situation. Das werfe ich der SPÖ- und auch den anderen Fraktionen vor, dass wir am Ende sonst beides bekommen und wir ein klares Signal dieses Gemeinderates brauchen. Dieser Antrag ist keine Resolution, sondern ein Ausdruck eines Willens, ein Ausdruck einer klaren Position, wir stehen für die Welser ein. Wir wollen dieses Großquartier verhindern und natürlich solidarisch tätig werden.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Scheinecker: Grundsätzlich dreht sich in meinen Augen die Diskussion nun im Kreis. Am Tisch liegt eine Willenserklärung der FPÖ- und ÖVP-Fraktion, um ein Großquartier in Wels zu verhindern. Auch die SPÖ-Fraktion ist gegen ein Großquartier. Die nach Wien fahrende Delegation ist mit leeren Händen gefahren – das möchte ich nochmals wiederholen. Weil nur zu sagen, wir wollen keine Großquartiere schaffen, wird einfach nicht helfen. In der Begründung des Antrages steht „das Ende der Flüchtlingswelle ist nicht absehbar“. Es wird wichtig sein, dass auch Gemeinden, die bisher keine Flüchtlinge aufnahmen, Flüchtlinge aufnehmen müssen. Es wird uns nicht helfen eine „Trotzkopfhaltung“ einzunehmen und zu sagen „wir wollen jetzt aber keine Flüchtlinge mehr, wir haben bereits genug“. In der Begründung steht noch „in dieser Form der Unterbringung kann Integration nicht gelingen“. Na, dann schaffen wir andere Möglichkeiten, gehen wir mit Angeboten nach Wien und sagen wir wollen dagegenwirken. Schauen wir, dass wir keine Großquartiere brauchen. Immer nur zu sagen wir nehmen die Sorgen und Ängste der Bürger ernst und gehen mit diesen nach Wien, ist zu wenig.

Auch die SPÖ-Fraktion nimmt die Sorgen und Ängste der Bürger ernst. Sie aber nur ernst zu nehmen und keine Alternativen für die Integration zu schaffen wird nicht reichen. Wir werden dieses Großquartier bekommen, das wissen alle hier im Gemeinderat. Schauen sollten wir andere Formen der Unterbringung zu finden.

GR. Schönberger: Herr StR. Lehner, ich habe nicht von sowohl als auch gesprochen. Aufgrund ihrer Wahrnehmungsschwierigkeiten wundert es mich nicht, dass sie die Welser in die politische Bedeutungslosigkeit gewählt haben.

Bgm. Dr. Rabl: Das erfordert einen „Ruf zur Ordnung“!

GR. Hufnagl: Das Bundesministerium für Inneres sieht diese 1,5 % als Landesrichtwert. Anscheinend kennen die Wiener die eigenen Gesetze nicht. Im Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden steht eindeutig: Es wird für den Bund (Bundesminister für Inneres) die Möglichkeit geschaffen von sich aus Quartiere für schutzbedürftige Fremde bereitzustellen. U.a. sind dafür folgende Voraussetzungen vorgesehen:

1. Das betreffende Bundesland erfüllt seine Flüchtlingsquote nicht.
2. Im betroffenen politischen Bezirk sind weniger hilfs- und schutzbedürftige Fremde untergebracht als es dem gesetzlichen Richtwert (derzeit 1,5 % der Wohnbevölkerung) entspricht.

Nachdem der politische Bezirk Wels-Stadt gleich ist mit der Stadt Wels gilt die Quote sehr wohl für uns.

GR. Mag. Parzmayr: Die Diskussion dreht sich allerdings im Kreis. Ergänzend möchte ich zu dieser Quotenregelung sagen: Wenn das Land die Quote erfüllt, braucht sie der einzelne Bezirk nicht mehr erfüllen. Wir wissen, dass es in Österreich 799 Gemeinden gibt, die keinen einzigen Asylwerber unterbringen. Wir fordern von den anderen Gemeinden Solidarität und in diesem Bereich aktiv zu werden. In Wels gibt es bereits genug Asylwerber und noch mehr Asylberechtigte. Wenn wir jetzt noch mehrere Kleinquartiere schaffen, hätten wir ein Problem,

denn was machen wir mit den Asylberechtigten? Wir bringen die Asylwerber in den Kleinquartieren unter, um womöglich damit ein Großquartier zu verhindern. Dann erhalten diese Asylwerber einen positiven Bescheid der Bundesregierung, sind somit Asylberechtigte und fallen nicht mehr in die Quote. Die Stadt Wels erfüllt wiederum die Quote nicht mehr - was machen wir dann? Schaffen wir noch mehr Kleinquartiere oder sagt vielleicht der Bund, so jetzt erfüllt ihr die Quote wieder nicht, also füllen wir euch die Kaserne mit Containern und schaffen ein Großquartier. Das wollen wir nicht!

Die SPÖ-Fraktion schreibt in ihrem Antrag ganz klar, sie wollen mehrere Kleinquartiere, damit die Quote erfüllt wird. Sie wollen ganz klar mehr Flüchtlinge aufnehmen. Das braucht nur nachgerechnet werden. Derzeit erfüllen wir die Quote zu 0,65 %. Sie wollen, dass wir sie erfüllen. Was heißt das? Wir müssen mehr Flüchtlinge nach Wels holen. Wir wollen das nicht und sprechen uns ganz klar gegen den Antrag der SPÖ-Fraktion und gegen den Zusatzantrag der GRÜNE-Fraktion aus, der im Endeffekt das Gleiche bewirken würde.

GR. Wiesinger: Bevor ich zu einem wichtigen Aspekt in der Diskussion komme, muss ich zu den Ausführungen von Kollegen Teubl etwas sagen. Sie sprechen immer wieder von der Genfer Konvention. Wovon reden wir hier? Wir reden von einer Konvention aus dem Jahre 1951, die auf den kalten Krieg gründete. Diese Konvention wird viel zitiert, aber wenig gelesen. In dieser wird nicht das Recht auf Asyl geregelt, sondern das Recht im Asyl. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir festhalten sollten. In dieser ist genau geregelt, wenn jemand Dokumente vernichtet oder kriminelle Handlungen setzt, diesen in das Herkunftsland zurückzuschicken, auch wenn das Land nicht sicher ist. Ich rate jeden diese Genfer Konvention genau zu lesen. Klar ist enthalten, dass Wirtschaftsflüchtlinge kein Anrecht auf Asyl haben.

In dieser bereits seit einer Stunde dauernden Diskussion fehlt mir der Aspekt, dass Wels – bevor diese Flüchtlingswelle auf uns zukam – bereits ein Problem in der Integration hatte. Aus Gesprächen mit den Welsern klingt die Angst, die Gefahr, was passiert, wenn das Großquartier eingerichtet wird. Die Stadt Wels bekam bis heute die Integrationsprobleme nicht in den Griff, jetzt sollen zusätzliche Asylanten nach Wels kommen. Diese Ängste der Welser müssen ernst genommen werden. In diesem Sinne ist unser Antrag zu verstehen – wir sprechen uns klar gegen die Errichtung von Großquartieren aus.

GR. Ganzert: Es wurde bereits mehrfach angesprochen, die Diskussion dreht sich im Kreis. Abschließend noch ein paar Bemerkungen meinerseits. Menschlichkeit, Humanität und Solidarität kennen keinen Anfang und kein Ende. Es ist eine Frage der Haltung und keine Frage der zeitlichen Begrenzung. Bedanken darf ich mich bei all denjenigen, die für die Betreuung tausender Transitflüchtlinge professionell Hilfe leisteten. Das waren neben den Einsatzorganisationen auch sehr viele Welser, die mit Herz und Engagement mitwirkten.

Wir diskutieren über sehr viele Dinge. Über die Genfer Flüchtlingskonvention, über 799 Gemeinden, die momentan noch keinen einzigen Flüchtling aufnehmen, über die Kompetenzen des Bundes u.v.a.m. Diskutieren möchte ich für die Stadt Wels, für den Welser Gemeinderat. Ich möchte mich nicht ausreden auf den Bund, auf die Konvention und die anderen Gemeinden, sondern wir sagen die Stadt Wels muss handlungsfähig sein. Das ist sie auch. Sie wird vertreten durch den Herrn Bürgermeister und durch ihre Fraktionen. Unser Ziel ist es das Großquartier zu verhindern. Daher wird die SPÖ-Fraktion diesem Antrag auch zustimmen, denn ja, es entspricht nur unserer Meinung, wir sind gegen die Errichtung eines Großquartiers. Jetzt kommt für mich der Punkt für eine sehr widersprüchliche Haltung. Einerseits waren Vertreter der FPÖ- und ÖVP-Fraktion heute in Wien, wurden darüber informiert, dass mit 1. April 2016 450 Flüchtlinge kommen. Diskutiert wird bereits über die Polizei, über das Sicherheitskonzept, wie lange bleiben sie. Im selben Atemzug beschließen sie, wir müssen das Großquartier verhindern. Andererseits naja, wir werden mit dem Bund schon verhandeln, wir werden das Ganze lösen. Unsere Meinung ist vollkommen klar – wir sind dagegen, wir haben einen Plan B und einen Lösungsvorschlag. Den fordern wir grundsätzlich von Beginn der Debatte bzw. seit Ende Dezember vergangenen Jahres. Aus unserer Sicht ist es für den Bund nicht so einfach

ein Großquartier zu errichten, wenn es andere oder kleinere Einheiten für die Unterbringung gibt.

Ich bedanke mich für ihre Wortmeldungen, vor allem für die Wortmeldungen für unseren Antrag, weil ich der Überzeugung bin, dass der von uns gestellte Antrag die einzige momentan auf den Tisch liegende denkbare Lösung ist, um dieses Großquartier zu verhindern. Auf der anderen Seite haben wir eine entsprechende Verpflichtung, der wir uns als Stadt nicht entziehen können, zu lösen.

Der Zusatzantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion (Anlage 6) wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion (Anlage 1) wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend alternative Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge  
DI-Verf-029-2016

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Brenner-Nerat ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl erklärt anschließend die Sitzung für geschlossen.

**H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 11.04.2016 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*